

Presseerklärung der Fridays for Future und Parents For Future Wedemark

20 Juli 2021

Die Wahlprüfsteine zum Thema Klima

Die Wahlprüfsteine sind da! Fast alle Parteien in der Wedemark haben den Fragenkatalog der Parents-For-Future und der Fridays-For-Future beantwortet.

Die Ergebnisse der Umfragen sind auf der Webseite für alle Interessierten einsehbar.
<https://wedemark.parentsforfuture.de>

Die Antworten der Parteien bieten uns allen nun die Möglichkeit, schnell und übersichtlich zu erfassen, wo die Parteien stehen, wenn es um Klimaschutz geht.

Denn am 12 September entscheiden die Wedemarkerinnen und Wedemarker welche Partei die Kommunalpolitik der nächsten 5 Jahre bestimmt. Eine lange Zeit, die wichtig ist für das Klima in der Wedemark, in Deutschland und weltweit.

Am 1 September um 19 Uhr laden wir ins Bürgerhaus in Bissendorf ein. Es gibt Gelegenheit mit Vertreterinnen und Vertretern der Parteien über ihre Klimapolitik zu sprechen.

Da wir auch Hygieneauflagen beachten müssen und sich zur Zeit nur 40 Menschen gleichzeitig im Großen Saal des Bürgerhauses treffen dürfen, werden wir die Veranstaltung per Zoom übertragen. Den entsprechenden Link geben wir rechtzeitig über unsere Webseite und die Presse bekannt. Anmeldungen für die Veranstaltung sind formlos per Email unter Parents4Future@web.de möglich.

Die wesentlichen Erkenntnisse aus den Wahlprüfsteinen sind im Folgenden kurz zusammengefasst.

- **Fast alle haben geantwortet.** Die Parents-For-Future und die Fridays-For-Future freuen sich sehr darüber, dass fast alle Parteien sehr ausführlich auf die Fragen geantwortet haben.
- Ein **erstes positives Ergebnis der Wahlprüfsteine** ist, dass sich die Parteien offensichtlich sehr viele Gedanken zum Thema Klimakrise gemacht und ihre Antworten sehr gründlich durchdacht haben. **Dafür sind wir sehr dankbar.**
- **Diverse Antworten und punktueller Konsens:** Insgesamt variieren die Antworten natürlich relativ stark, wobei auch ein relativ großer Konsens zu einigen Fragen besteht - beispielsweise bei der Sinnhaftigkeit eine Art Klimarat zu schaffen und die Bürgerinnen und Bürger stärker in die Diskussion um den Klimaschutz einzubeziehen.
- **Fehlende Fakten:** Die Antworten zeigen auch, dass es einige Themen gibt, wo es noch keinen Konsens zur Faktenlage gibt, beispielsweise zum Thema Tempolimit und Gebäudestandards.

- **Fehlende Ideen:** Zu anderen Fragen scheint es nötig, noch mehr Ideen zu entwickeln, beispielsweise bei der Förderung regionaler, ökologischer Produkte und bei der Entwicklung von Maßnahmen, um die Wedemark an die Klimaerhitzung anzupassen.

1) Klimaneutralität: Die SPD, die Grünen, die CDU und die WWP wollen bis 2035 erreichen, dass die Wedemark klimaneutral ist. Mehrere Parteien verweisen darauf, dass die Gemeinde allerdings von den Vorgaben und den Unterstützungen der Region, des Landes und des Bundes abhängig ist, um dieses Ziel zu erreichen. Die übrigen Parteien nennen kein konkrete Ziel, wobei die WPW betont, dass Klimaneutralität so schnell wie möglich erreicht werden sollte.

2) Klimaschutzaktionsprogramm: Die SPD und die Grünen möchten das Klimaschutzaktionsprogramm der Wedemark bis 2022 aktualisieren. Die CDU möchte sich dafür einsetzen, dass die Überarbeitung zügig erfolgt. Für die WPW sollte das Klimaschutzprogramm und seine Aktualisierung nicht nur eine von vielen Aufgaben sein und sollte jährlich aktualisiert werden. Eine verbindliche Aktualisierung des Klimaschutzprogramms sehen die andere Parteien nicht vor bzw. sehen sich nicht in der Lage, dies voranzutreiben.

3) Einrichtung Klimarat: Die Grünen, die SPD, WPW, die CDU und die FDP befürworten die Einrichtung eines Klimarates. Die WWR verweist auf bestehende Wege Vorschläge in den Rat der Gemeinde einzubringen, würde sich solch einem Gremium aber nicht verweigern. Es gibt unterschiedliche Vorschläge wie solch ein Rat in die politischen Prozesse auf kommunaler Ebene eingebunden werden sollte, und wie die Personen in diesem Rat ausgewählt werden sollten. CDU und FDP befürworten die Einrichtung eines neuen Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz in der Gemeinde, der ein solches Gremium beratend zuarbeiten könnte. Die SPD hat bereits einen Antrag in den Rat eingebracht, eine Steuerungsgruppe "Klima in Not" zu schaffen.

4) Tempo 30: Die Meinungen der Parteien zu Tempo 30 variieren sehr stark und machen deutlich, dass es keinen Konsens im Hinblick auf die Faktenlage gibt. Alle Parteien halten Tempo 30 in einigen Straßen für sinnvoll und mehrere Parteien verweisen auf die bestehenden Zonen mit Tempo 30. Die Grünen sind für Tempo 30 auch auf Durchgangsstraßen und die SPD möchte die Beteiligung an einem Modellvorhaben fördern. Sowohl im Hinblick auf die Relevanz von Tempo 30 für Sicherheit, Gesundheit und Lärmbelastung als auch im Hinblick auf den Spielraum der Gemeinde Tempo 30 einzuführen schätzen die Parteien die Fakten unterschiedlich ein. Eine Klärung der Faktenlage erscheint hier hilfreich.

5) Passivhausstandard: Bündnis C, WPW und die Grünen befürworten die Einführung eines hohen Baustandards für Privathäuser, um klimaneutrales Bauen zu fördern. Auch die SPD

sieht grundsätzlich keinen Widerspruch zwischen bezahlbarem Bauen und hoher Energieeffizienz. Die WWR empfiehlt, nicht den Primärenergieverbrauch als Maßlatte für klimafreundliches Bauen zu nehmen, sondern eine umfassendere Bewertung inwiefern Neubauten klima-unschädlich sind oder nicht. Aus Sicht der CDU macht solch ein Standard Bauen zu teuer - die Partei behält sich allerdings vor, bei neuen Erkenntnissen die Position zu revidieren.

6) Energieberichte: Fast alle Parteien mit Ausnahme von CDU und FDP befürworten die Veröffentlichung von Energieberichten zu den Gebäuden der Gemeinde ab 2021. Bündnis C schlägt vor, die Berichte nicht einfach als Bericht zu veröffentlichen, sondern mit einer Präsentation vorzustellen, um so die Öffentlichkeit besser zu erreichen. Die WPW schlägt vor, dass auch Zahlen für den privaten Verbrauch auf der Basis der Daten der Energieversorger veröffentlicht werden.

7) Sanierung von Bestandsbauten: Fast alle Parteien sprechen sich dafür aus das Beratungsangebot und die finanziellen Anreize für die Sanierung von Bestandsbauten auszuweiten. Grüne und CDU betonen, dass bei öffentlichen Gebäuden die Sanierungsmaßnahmen auf der Basis des Energieberichts priorisiert werden sollen.

8) Erneuerbare Energien: Keine Partei stellt sich vorbehaltlos hinter einen Ausbau der Erneuerbaren Energien in der Gemeinde Wedemark. Bei vielen Parteien ist eine große Sorge vor mangelnder Akzeptanz der Bürger beim Ausbau von Photovoltaik und Windenergie zu spüren. Mehrfach wird auf mangelnde Zuständigkeit der kommunalen Ebene verwiesen. Bei der Photovoltaik auf öffentlichen Dächern tun sich viele Parteien leichter als auf privaten Dächern. Lediglich Bündnis C stellt sich klar hinter den Ausbau der Windenergie. Die SPD bringt die Produktion von grünem Wasserstoff ins Spiel. Die FDP setzt auf die Beteiligung von Bürgern bei der Energieerzeugung vor Ort und bemängelt lange Genehmigungsverfahren.

9) Erhöhung der Nachfrage nach regionalen, ökologischen Produkten: Mehrere Parteien verweisen auf die bereits bestehende Hofladenroute und die Wirtschaftsförderung der Gemeinde. Weitere Ideen sind die Schaffung eines Wedemark-Logos, eine bessere Kennzeichnungspflicht (liegt in der Verantwortung des Bundes), den Abbau der Auflagen für weiterverarbeitende Betriebe (liegt in der Verantwortung der EU), die Umstellung der Kita- und Schulverpflegung auf regionale und ökologische Produkte, die Schaffung einer digitalen Angebotsplattform, eine gemeinsamer Lieferservice sowie eine bessere Sichtbarkeit des Bauernmarktes.

10) Unterstützung der lokalen Wirtschaft, des Handels und der Industrie in ökologischen Belangen: Die meisten Parteien sind sich einig darin, dass die Gemeinde eine wichtige Rolle darin hat, die Nachhaltigkeit von Unternehmen in der Wedemark zu fördern, vor allem durch Beratung. Die CDU und die WWR schlagen vor, bei der Ansiedlung von Unternehmen auf

Nachhaltigkeit zu achten, während die SPD diese Priorisierung in der Wedemark bereits umgesetzt sieht.

11) Klimafolgenanpassung: Die SPD und die Grünen befürworten die Erstellung eines Plans zur Klimafolgenanpassung. Mehrere Parteien betonen die Notwendigkeit die Regenwasser- und Grundwasserbewirtschaftung langfristig zu planen (Grüne und Bündnis C). Die CDU und die WWR thematisieren die Zukunft der Landwirtschaft, wobei die WWR eine Orientierung hin zu einer nachhaltigen Landwirtschaft anregt. Den Erhalt des Baumbestands, Aufforstung und den Erhalt der Moore sehen Grüne, WWR, WPW und AFD als Optionen, die Wedemark an den Klimawandel anzupassen. Die FDP hebt die Notwendigkeit hervor konkretes Handeln auf der Basis wissenschaftlicher Erkenntnisse.

12) Weitere Pläne der Parteien: Alle Parteien nennen weitere Themen, die in der kommenden Legislaturperiode angegangen werden sollten. Die Umsetzung des Radverkehrskonzept und nachhaltige Mobilität wird von den Grünen, der SPD, der CDU und der WPW genannt. Von E-Mobilität und dem Ausbau des ÖNVP sprechen die CDU, die WWR, die SPD, die WPW und die FDP. Eine Reduzierung des Flächenverbrauchs thematisieren die CDU, die WPW und die FDP. Die Grünen und die CDU sehen das Biotopverbundsystem als Priorität während die SPD, die Grünen und die WWR explizit über den Moorschutz und die AFD über Artenschutz allgemein spricht. Windkraft thematisiert lediglich die CDU, die Bürgerinnen und Bürger in die Diskussion mit einbeziehen will.